

Serbien und Bulgarien: deutsche Ernährungsindustrie gibt Impulse

Innovative und technologieorientierte Unternehmen der Ernährungsindustrie Nordrhein-Westfalens werden von der Landesregierung durch die Food Processing Initiative (FPI) in Bielefeld unterstützt, die sich zunehmend als Mitgliederorganisation positioniert. Im Rahmen eines EU-finanzierten Modellsprojekts hatten sich zehn solche Unternehmen seit 2006 für Systempartnerschaften im Ausland vorbereitet. Die Instrumente wurden von der institutionell orientierten Duisburger Beratungsgesellschaft ARÖW entwickelt.



Nun bauen mindestens fünf der Maschinenbau- und Technologieunternehmen mit einer maßgeblichen Kofinanzierung von InWEnt, Bonn, ein sog. Geschmackszentrum in Novi Sad und Sofia auf. Die Städte bilden jeweils den Mittelpunkt der Ernährungsindustrie der nordserbischen Vojvodina und des EU-Neumitglieds Bulgarien. So wie das Modellprojekt von Spelleken Assoc. mit dem wissenschaftlich-analytischen Instrument der Zielmarktnavigation durch Kennzahlen unterstützt wurde, so gilt die Geschmackszentrale als erste Nagelprobe der Kooperation Deutschland-Balkan: hier wird die Machbarkeit von Systempartnerschaften anhand neuer Produkte in der Praxis erprobt. Neben den klassischen Branchen Automobilzulieferer, Bekleidung und Bauwirtschaft ist die Ernährungsindustrie damit zu einer Schwerpunktbranche der Alzenauer Kooperationsberater geworden.



Moldau und Rumänien: Bilaterale Visa-Krise spitzt sich zu

Seit der Mitgliedschaft Rumäniens in die EU dürfen Staatsbürger der Republik Moldau nicht mehr ohne Visum in ihr Mutterland Rumänien einreisen. Dies steht in Widerspruch zu der Tatsache, dass bis zu einer Million Moldauer in der alten EU und Nordamerika als Gastarbeiter arbeiten. Bei der Vergabe der Visa sind in dem einzigen Konsulat Rumäniens in Moldaus Hauptstadt Chisinau die Wartezeiten im Sommer 2007 auf bis zu zwei Wochen (!) gestiegen. Moldaus Staatspräsident Voronin befürchtet eine regelrechte Abwerbung seiner Bevölkerung in das boomende Nachbarland. Seit Monaten blockiert seine Regierung daher Infrastrukturmaßnahmen zur Erleichterung der Bearbeitung der Anträge und kriminalisiert rumänische Diplomaten. Die jüngste rumänische Reaktion ist so modern wie weltfremd: Neuerdings ist der Antrag für Moldauer, die nach Rumänien reisen wollen, nur noch über das Internet möglich.



Rumänien: Regierung bleibt im Amt; Wirtschaftswachstum robust

Die liberale Minderheitsregierung hat den Anfang Oktober eingebrachten Misstrauensantrag der PSD (Sozialdemokraten) knapp überstanden. 220 Stimmen konnten die PSD und die bürgerliche Partei (PD-demokratische Partei) des populären amtierenden Staatspräsidenten Basescu nur mobilisieren, 12 weniger als notwendig.



Einige Tage später trat Landwirtschaftsminister Traian Remes (Foto) wegen dringendem Korruptionsverdacht zurück. Dieser und ein anderer Ex-Minister, jetzt beratend tätig, wurden bei einer mutmaßlichen Geldübergabe von der Sonderstaatsanwaltschaft gefilmt. Teil dieser Aufnahmen wurden der Presse zugespielt und sorgten für großes Aufsehen. PSD und PD verlangen lautstark den Rücktritt der Regierung. Gegen zwei weitere liberale Minister wird ebenfalls wegen Korruptionsverdacht ermittelt.

Trotz dieser politischen Unsicherheit verzeichnet das Land weiterhin eine ungebremste Wirtschaftsdynamik. In den ersten acht Monaten 2007 ist die Industrieproduktion Rumäniens um 6 % im Vergleich zur Vorjahresperiode gestiegen. Das BIP-Wachstum 2007 wird bei ca. 6,5% liegen, das sind (auf €-Basis) bis zu sensationellen 10,5 %. Dies liegt an der Aufwertung der rumänischen Währung Leu (Mehrzahl: Lei) gegenüber der europäischen Gemeinschaftswährung.